

Jean Monnet Centre of Excellence in European Studies
Interdisziplinäre Vortragsreihe im SoSe 2014

Wahlkampf in Europa – Über Europa?



Zwischen Nationalstaat und Union: Das Wahlrecht zum Europäischen Parlament

Prof. Dr. Christoph Schönberger
(Universität Konstanz)

Dienstag, den 06.05.2014, 18:15 Uhr
ELSI-Gebäude, Raum 44/E03
Süsterstraße 28, 49074 Osnabrück

Wahlkampf in Europa – Über Europa?

Die Europäische Union ist in einer tiefen Krise. Kann ihr das Europäische Parlament heraushelfen? Hat es dafür überhaupt die hinreichende demokratische Legitimität? Aus Anlass der bevorstehenden Wahl zum Europäischen Parlament beschäftigt sich der Vortrag aus rechtswissenschaftlicher Sicht mit der demokratischen Legitimität des Europäischen Parlaments und besonders mit den Eigenheiten seines Wahlrechts zwischen europäischen Vorgaben und nationaler Ausgestaltung. Er setzt sich insbesondere kritisch mit der jüngeren Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts auseinander, das Sperrklauseln im deutschen Europawahlrecht für verfassungswidrig erklärt hat. Diese Urteile zeigen die ungeklärte Spannungslage, in der sich das Europäische Parlament zwischen den nationalen politischen Öffentlichkeiten und der europäischen Ebene befindet.

Christoph Schönberger ist seit 2006 Professor für Öffentliches Recht, Europarecht, Vergleichende Staatslehre und Verfassungsgeschichte an der Universität Konstanz. Nach seinem Studium der Rechtswissenschaften und Philosophie an den Universitäten Bonn und Paris II promovierte er an der HU Berlin mit einer verfassungsgeschichtlichen Arbeit. 2005 habilitierte er sich in Freiburg mit der Arbeit "Unionsbürger. Europas föderales Bürgerrecht in vergleichender Sicht". 2011 veröffentlichte er als Mitautor "Das entgrenzte Gericht. Eine kritische Bilanz des Bundesverfassungsgerichts nach 60 Jahren". Schönberger hat sich mehrfach kritisch mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu Europafragen seit dem Lissabon-Urteil von 2009 auseinandergesetzt, zum Europawahlrecht insbesondere in seinem Beitrag "Das Bundesverfassungsgericht und die Fünf-Prozent-Klausel bei der Wahl zum Europäischen Parlament" (JZ 67 (2012), S. 80-86).